

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechtstunden der Redaction:
Bormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,250.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Thlr.,
incl. Fracht 5 Thlr.,
durch die Post bezogen 6 Thlr.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 20 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Jahrespreis 36 Pf. Postfreie 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß — Tabellen- und
Bogen nach höherem Tarif.
Kontanten unter dem Marktpreise
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind nach d. Expedition
zu zahlen. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postorchester.

№ 50.

Dienstag den 19. Februar 1878.

72. Jahrgang.

Bauplatz-Verkauf.

Wir beabsichtigen den der Stadtgemeinde gehörigen, an der linken (Süd-) Seite des nach der Schwimm-
anstalt führenden Tractes der Schreiberstraße rechts von der Blagowier Straße an dem Einflusse des Kub-
strangpflasters in die Elster gelegenen Bauplatz Nr. 7 des betreffenden Parcellirungsplanes, Parzelle Nr. 2593
des Flurbuchs, von 3750 □ Ellen — 1203 □ Meter Flächeninhalt aus freier Hand zu verkaufen.
Die Verkaufsbedingungen nebst Situationsplan liegen in unserem Bauamt (Rathhaus, 2. Stockwerk)
zur Einsichtnahme aus und sehen wir bezüglich Kaufsforter entgegen.
Der Rath des Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Geratti.

Holz-Auction.

Mittwoch den 20. Februar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Burgauer Postreviere
ca. 90 Aebrahamsen, sowie
130 Raubbauten, darunter 22 starke eigene Durchforstungsbaumen,
unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den
Rechtsbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: im verhöflichen Holze, hinter dem neuen Schützenhause in der Nähe der
Kärntner Eisenbahn.
Leipzig, am 11. Februar 1878.
Des Raths Forst-Deputation.

Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig

Dienstag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr, im Saale der Ersten Bürgerschule.
Tagungsordnung: 1) Wahl zweier Mitglieder zum gemischten Ausschuss für öffentliche Gesundheitspflege.
— 2) Antrag des Dr. Helms, die Ausführung der Beschlüsse des Nürnberger Aerztetages betr. — 3) Bericht
des Ausschusses für Standesangelegenheiten über einen von der Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft
gemachten Vorschlag. — 4) Referat, das ärztliche Corresp.-Blatt betr.
Dr. Ploss.

Katholische Schule zu Leipzig.

Nächste Eltern sind alle diejenigen Kinder, welche den 31. März d. J. das sechste Lebensjahr erfüllen,
der Schule zuzuführen; auch werden auf Wunsch der Eltern u. die Kinder aufgenommen, die das sechste
Lebensjahr den 30. Juni d. J. vollenden.
Die Anmeldung der betreffenden Kinder ist vom 4. bis 9. März d. J., Vormittags von 10-12 Uhr, in
der Expedition des Unterzeichneten unter Vorlegung des Geburts- oder Taufzeugnisses und des Impfzeichnes
zu bewirken.
Leipzig, den 19. Februar 1878.
J. Böhm, Schuldirektor.

Leipzig, 18. Februar.

Wir empfangen aus Berlin von gut unterrichteter Seite folgende Mittheilungen über die auf Dienstag angeordnete Orient-Interpellation:
Wohl nur selten ist die allgemeine Spannung auf Verhandlungen im Reichstag so hochgradig gewesen, wie das bermalen in Bezug auf die Beantwortung der wegen der deutschen Orientpolitik im Reichstage gestellten Interpellation seitens des Reichskanzlers der Fall ist. Diese Angelegenheit bildet jetzt allgemein hier das Tagesgespräch, die Besuche um Einlaß auf die Tribünen sind bei dem Präsidium des Reichstages so massenhaft eingegangen, daß dasselbe zu außerordentlichen Maßregeln sich veranlaßt gesehen hat. Für den Dienstag treten die auf diese Zulassung für gewöhnlich bestehenden Bestimmungen außer Kraft und es haben die Abgeordneten auf ihre Recht, Personen auf die Tribünen führen zu können, Verzicht leisten müssen. Sämtliche Sitzplätze sind numerirt worden und es werden dieselben ebenso wie die Stehplätze von dem Präsidium nach dem Stärkeverhältnis der Parteien des Hauses an die von den einzelnen Abgeordneten angemeldeten Personen, soweit eben die Plätze ausreichen, vertheilt. Diese Anmeldungen sind aber Mitte voriger Woche schon so zahlreich gewesen, daß nur ein sehr kleiner Theil ihrer Berücksichtigung erfahren konnten. Ohne Zweifel werden sich viele der wegen der Hochzeitfeierlichkeiten am Hofe gegenwärtig in Berlin anhaltenden fürstlichen und sonstigen hohen Persönlichkeiten unter den Zuhörern befinden. Es ist nun freilich noch nicht absolut gewiß, ob die Beantwortung der Interpellation durch den Reichskanzler auch wirklich am Dienstag geschehen wird. Bis jetzt ist allerdings die größere Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß Fürst Bismarck sofort, nachdem die Begründung der Interpellation erfolgt sein wird, antwortet; in dessen eine Würdigung in dieser Beziehung läßt sich bei der noch unbestimmten politischen Lage nicht geben, und es können im letzten Augenblicke Verhältnisse eintreten, welche den Reichskanzler bestimmen, in der Sitzung nicht zu erscheinen und die Abgabe seiner Erklärungen zu verzögern.

den Abmachungen des Berliner Memorandum sich anzuschließen, wodurch der ganze orientalische Krieg hätte vermieden werden können, ist nicht der Vergeßlichkeit anheim gefallen.
In der Presse hat bisher ein Umstand nicht zur Genüge Betonung gefunden. Der Interpellation über die Orientfrage war anfänglich ein gewisser tendenziöser Vorgeschmack dadurch verliehen worden, daß man sie in Gegensatz zu der Politik des Reichskanzlers brachte. So lange die Interpellation nur auf einer Kundgebung der Fortschrittspartei allein beruhte, mochte diese Annahme einige Berechtigung haben, da es nicht zweifelhaft ist, daß ein Theil dieser Partei und die von ihm beeinflusste Presse mehr oder weniger entschieden gegen jedwede Unterstützung der russischen Politik auftritt. Von dem Augenblick aber, wo die Interpellation gemeinschaftliche Sache aller reichstreuen Parteien im Reichstage wurde, war jene Auffassung ausgeschlossen und heute hat die Interpellation nur die Bedeutung, daß sie den sämtlichen reichstreuen Parteien die Gelegenheit bieten soll, vor Europa zu bekunden, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes auch mit der Politik seines Kaisers und seines Kanzlers in der Orientfrage vollkommen übereinstimmt, und die Interpellation soll zur Unterstützung dieser Politik dienen.
Bei den Verhandlungen, welche wegen gemeinsamer Einbringung der Interpellation mit der Fortschrittspartei gepflogen wurden, stellte sich die erfreuliche Thatsache heraus, daß von dieser dem Wunsche der nationalliberalen und der conservativen Parteien nicht die geringsten Schwierigkeiten entgegen gestellt wurden; im Gegentheil, man war sofort mit der gemeinschaftlichen Action einverstanden, und die Einigkeit der Interpellanten ist heute so weit gediehen, daß, falls Bismarck erklärt, er könne die Anfrage noch nicht beantworten oder müsse sich in Bezug auf die Mittheilung gewisser Verhältnisse Reserve anerkennen, dann von seiner Seite weiter in ihn gedrungen, sondern ihm selbst überlassen werden wird, die geeignete Zeit und Form seiner Aussprache zu bestimmen. Es mögen einige sich fortwährend nennende Mütter damit nicht einverstanden sein, aber es ist doch wahr, daß zur Zeit in der Fortschrittspartei des Reichstages derjenige Einfluß maßgebend ist, welcher vom Abgeordneten Dänel ausgeht, ein Einfluß, der auf das Verhältnis der reichstreuen Parteien zu einander nur förderlich sein kann.
Ueber die geschäftliche Behandlung der Interpellation haben sich die Fractionen dahin entschieden, daß der Abgeordnete v. Bennigsen sie mit kurzen Worten begründen wird. Je nach den Erklärungen des Reichskanzlers soll dann die weitere Entschlieung gefaßt werden, ob es sich empfiehlt, eine Debatte folgen zu lassen. Vorläufig herrscht im Allgemeinen die Meinung vor, daß die Debatte zu entbehren sei; man wird aber nicht so weit gehen, dieselbe unter allen Umständen abzuschneiden. Wollen dem Reiche entgegenstehende Parteien ihr Mißvergnügen durchaus äußern, so wird man sie in diesem Beginnen nicht stören, und für die Verhinderung von Skandal wird der Präsident sorgen. Man glaubt nicht, daß das Centrum, dessen Mitglieder sich wegen der mit der Pappwahl verbundenen Verhältnisse augenscheinlich großer Zurückhaltung befleißigen, am Dienstag mit großen Demonstrationen hervortreten werde.

Was das Wesen der Interpellation selbst betrifft, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß deren Zweck nicht allein darin besteht, der Nation einen Aufschluß über die Ziele der deutschen Politik in der Orientfrage zu geben, sondern daß damit namentlich auch eine ungewöhnliche Aussprache nach denjenigen Punkten hin verknüpft sein soll, von wo der Erhaltung des europäischen Friedens noch Schwierigkeiten bereitet werden. Es gilt als sicher, daß einer dieser Punkte Petersburg ist, und man wird in der Annahme wohl nicht fehl greifen, daß die Erklärungen des Kanzlers in erstensbarer Weise an das russische Cabinet mit adressirt sein werden. Es haben sich in den letzten Tagen die Anzeichen vermehrt, daß gewisse Maßregeln und Forderungen Russlands in den maßgebenden Kreisen der deutschen Reichspolitik als bedenklich und zu weit gehend angesehen werden, und man begegnet sich in der Auffassung, daß es zweckmäßig sei, in Petersburg maßig auf die dort durch die Erfolge der russischen Armeen hervorgerufenen Gelüste einzuwirken. Außer den eigenen Interessen ist es hauptsächlich Rücksichtnahme auf das befreundete Oesterreich, welche gewisse freundschaftliche Vorstellungen in der russischen Hauptstadt wohl demnächst hervorgerufen wird. Die deutsche Politik hat niemals so enge Fühlung zu denjenigen Russlands genommen, daß sie Alles gut heißen möchte, was von der letzteren ausgeht. Auf der anderen Seite aber würde es auch ein Fehler sein, sich in die Auffassung zu verfallen, als ob in unseren leitenden Kreisen neuerdings die Geneigtheit für die Politik und dem Standpunkt der englischen Regierung sich vermehrt hätte. Es ist kein Geheimniß, daß diese Geneigtheit bisweilen unter den Gelehrtenpunkt zu sinken drohte, und die Weigerung des englischen Cabinetes,

den Krieg gezogen, und sowohl England als Oesterreich gegenüber, sowohl in der Dardanellen- als in der Donau- und Balkanfrage mit vollendeten Thatsachen vor den Congreß zu treten. Inzwischen sind aber der russischen Diplomatie, die — weniger weise, als die deutsche nach dem französischen Feldzuge 1871 — in das Schlepptau der heißspornigen Kriegspartei gerathen war, erst von England, dann von Deutschland und Oesterreich eine Dämpfer aufgesetzt worden. Die Dämpfer haben ihre Wirkung gethan, und so sehen wir heute, am Vorabend der Orientdebatte im deutschen Reichstage, die Lage fast noch in beruhigenderem Lichte erscheinen, als dies vor dem Eintritt dieser bedeutlichen Episode der Fall war. Englands Auftreten hat zur Folge gehabt, daß Russland vor Konstantinopel Halt macht und auf die Befestigung Gallipoli verzichtet, und England bezieht sich nun seinerseits, einen Beweis seiner Friedensliebe zu geben, indem es seine Dardanellenflotte rückwärts nach der Rumanianabai beordert. Und der Druck, den — unabhängig von England — Oesterreich und Deutschland auf die Politik des Czaren ausüben, macht sich nicht nur in dem ruhigen Verlaufe des englisch-russischen Conflictes, sondern auch in der Promptheit geltend, mit der Russland jetzt seine Friedensverhandlungen mit der Pforte und das Zustandekommen des Congresses zu fördern sucht, dessen zukommendem, einschränkendem oder verwerfendem Urtheil es seine Abmachungen mit der Türkei zu unterbreiten bereit ist. Damit aber und mit der wohl gleichzeitig gegebenen Anbeutung, daß man in Petersburg nicht daran denke, Oesterreichs Interessen in den Donauländern zu verletzen, die Donaumündungen in Beschlag zu nehmen, die Grenze des neuen freien Bulgariens allzuweit über den Balkan zu erstrecken und die Dardanellen den übrigen Mächten zu verschließen, dürfte die Bestimmungsepisode, die in Wien und Berlin gespielt hat, bis auf Weiteres erledigt sein. Russland weiß jetzt, daß Oesterreich wachsam ist und daß Deutschland hinter dem Nachbarn stehen wird, wenn dessen Lebensinteressen gefährdet werden. Aber auch Oesterreich und England müssen wissen, daß sie in ihrem Drucke auf Russland nicht zu weit gehen, daß sie es nicht hindern dürfen, aus seinen großen militärischen Erfolgen diejenigen dauernden Vortheile für sich und die slavischen Länder zu ziehen, die sich nur irgend mit den Interessen der übrigen europäischen Staaten vertragen. Irrren wir nicht, so werden sich die Erklärungen des Fürsten Bismarck, wenn sie überhaupt die erwähnten Punkte streifen werden, in der angegebenen friedengebietenden, friedensverheißenden Richtung bewegen.

so mehr erscheint die Voraussetzung berechtigt, daß Russland auch in den Punkten, die vorwiegend Oesterreich betreffen, Rathschlägen der Richtigung Gehör geben werde.
Die Wiener „Presse“ ist gleichfalls friedlich gestimmt, warnt aber doch davor, den fortdauernden Ernst der Lage zu verkennen; sie sagt:
Die jüngste Krise ist zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Durch Vermittelung Deutschlands wurde der Congreß als das ausgleichende Medium in den Vordergrund der Friedensaction getreten. Nicht die Congreß, wie Graf Andrassy vorgeschlagen, sondern der Congreß, die höchste Instanz in völkerrechtlichen Dingen, führt Gortschakoff will die zwischen Russland und der Türkei vereinbarten Friedenspunkte — nämlich die nun erst in Adrianopel endgültig festzustellenden — dem europäischen Congreß unterbreiten. Auf dem Congreß sollen nicht die Beschlüsse der Mächte, sondern die Repräsentanten der Mächte in der Person der auswärtigen Minister erscheinen und unmittelbar bezüglich der neuen Friedensordnung im Orient ihre Anschlüsse fassen.
Was ist nun mit dem Congreß für die mögliche Erhaltung des Friedens, für die definitive Lösung der Orientwirren erreicht? In diplomatischen Affären ist die Form nicht selten identisch mit dem Wesen der Sache. Der Congreß ist allerdings nur eine Form für die künftige Vereinbarung; aber angesichts der Krise, die wir eben durchlebten, ist mit dieser Form auch ein bedeutender Erfolg in der Sache erlangt. Russland wurde zum Gehörnis seines begangenen Fehlers gebracht. Russland emsthaft wieder der Rolle, die es sich anemacht, der Rolle des alleinigen Hebers und Regers der Orientfragen. Russland anerkennt, indem es den Congreß acceptirt, die Verpfändung, Europa in jenen Punkten zu befragen, welche europäische Interessen betreffen; Russland unterzieht somit seine eigenen Anschlüsse hinsichtlich der Friedensaction der Beurtheilung und Zustimmung des europäischen Congresses.
Es ist hiermit eine nicht zu unterschätzende Correctur in der schwierigen Sachlage eingetreten, wie sie durch Russlands Vorgehen in den letzten Wochen war geschaffen worden und wir können den Weiter unserer Auswärtigen Amtes zu dem Resultate, welches er durch seine muthige Initiative in diesem kritischen Momente erreicht hat, nur aufrichtig beglückwünschen. Aber so sehr wir selbst jeden friedlichen Friedensodem, der die Welt durchzieht, mit Freuden begrüßen, und so sehr wir selbst demütig waren, in den letzten Tagen vor allzu sanguinischen Kriegsgelüsten ernstlich zu warnen, so können wir doch, wollen wir nach jeder Seite hin aufrichtig sein, heute noch nicht in jene Friedenshymnen einstimmen, welche vielleicht von Sanguinikern anderer Art und Farbe zu Ehren des nun gesichert schwebenden Congresses werden gesungen werden.

Aus London endlich weht heute ein milderer Wind als die ganzen letzten Wochen hindurch. „Times“, „Daily News“ und „Standard“ betrachten die Lage viel friedlicher und glauben, daß die Kriegsgefahr vorläufig abgewendet sei. „Standard“ glaubt, daß die Rückbewegung der britischen Flotte nach der Rumanianabai die Bereitwilligkeit Russlands, von der Befestigung Konstantinopels abzusehen, zur Folge gehabt habe.
Der „Völn. Ztg.“ meldet man aus Berlin: Von allen Seiten wird behauptet, daß die seit Anfang voriger Woche trotz der unerkennbar gespannten Lage in der politischen Welt festgehaltene Friedenshoffnung guten Grund hatte. Die Hauptschwierigkeit ist noch immer die Bulgare, sowohl wegen der Grenzen des von Russland projectirten autonomen Staates als wegen der beabsichtigten russischen Besetzung. Oesterreich soll sich darüber sehr offen in Petersburg ausgesprochen haben. Man will Grund zur Annahme haben, daß Graf Andrassy namentlich in diesem Punkte das Interesse Oesterreichs nachdrücklich wahrnehmen werde. Daher die Erwartung, daß Russland seine Forderung einschränken werde. Die vor einigen Tagen gemeldete Aussicht, daß die russischen Anhänger einer radicalen Lösung sich bald etwas weniger laut vernehmen lassen würden, hat sich allem Anscheine nach soeben England gegenüber bewährt. Nach den letzten Telegrammen hat Russland mit Bezug auf Konstantinopel und was damit zusammenhängt den Conflict nicht auf die Spitze getrieben. Um

so mehr erscheint die Voraussetzung berechtigt, daß Russland auch in den Punkten, die vorwiegend Oesterreich betreffen, Rathschlägen der Richtigung Gehör geben werde.
Die Wiener „Presse“ ist gleichfalls friedlich gestimmt, warnt aber doch davor, den fortdauernden Ernst der Lage zu verkennen; sie sagt:
Die jüngste Krise ist zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Durch Vermittelung Deutschlands wurde der Congreß als das ausgleichende Medium in den Vordergrund der Friedensaction getreten. Nicht die Congreß, wie Graf Andrassy vorgeschlagen, sondern der Congreß, die höchste Instanz in völkerrechtlichen Dingen, führt Gortschakoff will die zwischen Russland und der Türkei vereinbarten Friedenspunkte — nämlich die nun erst in Adrianopel endgültig festzustellenden — dem europäischen Congreß unterbreiten. Auf dem Congreß sollen nicht die Beschlüsse der Mächte, sondern die Repräsentanten der Mächte in der Person der auswärtigen Minister erscheinen und unmittelbar bezüglich der neuen Friedensordnung im Orient ihre Anschlüsse fassen.
Was ist nun mit dem Congreß für die mögliche Erhaltung des Friedens, für die definitive Lösung der Orientwirren erreicht? In diplomatischen Affären ist die Form nicht selten identisch mit dem Wesen der Sache. Der Congreß ist allerdings nur eine Form für die künftige Vereinbarung; aber angesichts der Krise, die wir eben durchlebten, ist mit dieser Form auch ein bedeutender Erfolg in der Sache erlangt. Russland wurde zum Gehörnis seines begangenen Fehlers gebracht. Russland emsthaft wieder der Rolle, die es sich anemacht, der Rolle des alleinigen Hebers und Regers der Orientfragen. Russland anerkennt, indem es den Congreß acceptirt, die Verpfändung, Europa in jenen Punkten zu befragen, welche europäische Interessen betreffen; Russland unterzieht somit seine eigenen Anschlüsse hinsichtlich der Friedensaction der Beurtheilung und Zustimmung des europäischen Congresses.
Es ist hiermit eine nicht zu unterschätzende Correctur in der schwierigen Sachlage eingetreten, wie sie durch Russlands Vorgehen in den letzten Wochen war geschaffen worden und wir können den Weiter unserer Auswärtigen Amtes zu dem Resultate, welches er durch seine muthige Initiative in diesem kritischen Momente erreicht hat, nur aufrichtig beglückwünschen. Aber so sehr wir selbst jeden friedlichen Friedensodem, der die Welt durchzieht, mit Freuden begrüßen, und so sehr wir selbst demütig waren, in den letzten Tagen vor allzu sanguinischen Kriegsgelüsten ernstlich zu warnen, so können wir doch, wollen wir nach jeder Seite hin aufrichtig sein, heute noch nicht in jene Friedenshymnen einstimmen, welche vielleicht von Sanguinikern anderer Art und Farbe zu Ehren des nun gesichert schwebenden Congresses werden gesungen werden.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 18. Februar.
Im Reichstage war man am Sonnabend allgemein über das gesunde Aussehen des Fürsten Bismarck erfreut. Der Fürst begrüßte bei seinem Eintritt zunächst den Schriftführer des Hauses, den Abg. Weigel, ferner seinen als Bundes-Commissar anwesenden Leibarzt, Geh. Rath Dr. Strud, und begab sich dann zum Grafen Molke und zum Präsidenten v. Forstend. Im Saale selbst war er mit etwa 20 Minuten anwesend. Sodann hatte er mit dem Abg. v. Bennigsen, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, in seinem Konferenzzimmer eine Unterredung, welche über eine Stunde währte, worauf er zu Wagen, wie er gekommen, das Haus verließ.
Daß das Vorgehen Russlands in jüngster Zeit in Berlin verstimmt hat, bekräftigt neben der „Post“ auch die „Kreuzzeitung“, welche schreibt: „In den Zeitungen finden sich gegenwärtig Andeutungen über eine hier vorhandene ernsthafte